



## Pressespiegel

### Petition gegen Ethnic Profiling

#### Vor der Übergabe

DER TAGESSPIEGEL

#### Ungleichbehandlung Deutsch, dunkelhäutig diskriminiert

19.11.2012, von Andrea Dernbach

Schwarze Deutsche protestieren dagegen, immer wieder "verdachtsunabhängigen" Kontrollen der Polizei ausgesetzt zu sein. Sie wollen, dass "Racial Profiling" verboten wird - und sprechen von institutionalisierter Demütigung.

Eines Tages war's genug. Der Student, ein Deutscher, war schon mehrfach plötzlich angehalten und kontrolliert worden, doch diesmal verweigerte er die Papiere und fragte nach. Es stellte sich heraus, dass seine Hautfarbe ihn den Bundespolizisten verdächtig machte. Er ist schwarz. Er klagte und bekam Ende Oktober schließlich Recht. Das Oberverwaltungsgericht Koblenz erklärte, Menschen nur ihrer Hautfarbe wegen für Kontrollen aus der Menge zu fischen, sei ein Verstoß gegen das Grundgesetz.

Alles gut? Noch nicht, findet die „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland“ (ISD). Sie wird deshalb am Dienstag im Bundestag eine Petition einreichen, die es möglich machen soll, Erfahrungen wie die des Studenten in Zukunft zu verhindern.

„Racial“ oder „Ethnic Profiling“ wollen sie verboten sehen.

Dazu fordern die Bürger, die die Petition bisher unterschrieben haben, nichts weniger als das Ende der so genannten „verdachtsunabhängigen Kontrollen“. Sie erlauben es, dass die Polizei nur aufgrund der persönlichen Einschätzung des einzelnen Beamten oder der Beamtin Menschen auswählt, deren Papiere sie sehen will. „Diese Kontrollen leisten daher ganz zwangsläufig einer Ungleichbehandlung Vorschub“, heißt es im Petitionstext.

Diese Ungleichbehandlung verletzt nicht nur die betroffene Person tief, sondern, so vor drei Jahren der UN-Menschenrechtsausschuss, „trägt auch wesentlich zur Verbreitung von Fremdenhass in der Öffentlichkeit bei und unterläuft eine wirksame Politik gegen Rassendiskriminierung“. Weil Behörden und Staatsdiener da besonders negativ wirken können, will die Petition auch erreichen, dass ihr diskriminierendes Handeln ins Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) aufgenommen wird. Die Polizei müsse geschult, Verstöße müssten systematisch erfasst und von unabhängigen Experten ausgewertet werden.

Das könnte auch im Interesse der Polizeiarbeit selbst sein. Tahir Della von der ISD sieht die Behörden in der Gefahr gefährlichen Realitätsverlusts. „Racial Profiling“ befördere „Einschätzungen, die an der Wirklichkeit völlig vorbeigehen“, sagte er dem Tagesspiegel. Wer schwarz oder dunkelhäutig mit „ausländisch“ und dann mit „illegal“ gleichsetze, gerate oft an die Falschen, ganz normale Deutsche. „Da stimmt das Selbstbild Deutschlands immer noch nicht mit der tatsächlichen Vielfalt überein, auch bei der Polizei“ – obwohl sich dort viel geändert habe.

Was das für die Polizeipraxis bedeuten kann, stellte der UN-Menschenrechtsausschuss im Fall einer schwarzen Spanierin fest, die kontrolliert wurde, während ihr weißer Ehemann unbehelligt blieb: „Maßnahmen, die sich gegen eine bestimmte Rasse richten, könnten die Aufmerksamkeit der Polizei von andersstämmigen Migrantinnen ohne Papiere ablenken und insofern kontraproduktiv werden.“

Von den Folgen für die Betroffenen ganz abgesehen. „Racial Profiling“ sei „institutionalisierte Demütigung“, bloggte kürzlich ein Betroffener, nicht nur auf Bahnstrecken nahe der Grenze – überall: Selbst wenn er sich abends entscheide, zwei Haltestellen weit nach Hause zu laufen, komme es vor, dass ihm eine Streife in Schrittgeschwindigkeit folge. Und obwohl es in Deutschland keine Pflicht gebe, den Ausweis dabei zu haben: „Als Schwarzer käme ich nie auf die Idee, meinen zu Hause zu lassen.“

Link: <http://www.tagesspiegel.de/politik/ungleichbehandlung-deutsch-dunkelhaeutig-diskriminiert/7406334.html>

## **Vereine starten Petition gegen Stichprobenkontrollen der Polizei**

19.11.2012 | epd

Nach dem Koblenzer Gerichtsurteil, das gezielte Polizeikontrollen von Farbigen als rechtswidrig eingestuft hat, wollen zwei Vereine eine Petition zur kompletten Abschaffung solcher Stichprobenkontrollen starten.

Bei diesen Stichprobenkontrollen würden Menschen aufgrund einer rein subjektiven Beurteilung nach äußerlichen Kriterien ausgewählt, ohne dass nachprüfbar Gründe vorliegen müssten, erklärten die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland und das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung am Montag in Berlin.

Dies leiste zwangsläufig einer Ungleichbehandlung Vorschub, ergänzten sie. So gebe es auch trotz des Koblenzer Urteil weiter Vorkommnisse dieser Art. Die Petition soll an diesem Dienstag eingebracht werden. Zeitgleich wollen Vertreter der beiden Vereine nach eigenen Angaben 15.000 gesammelte Unterschriften gegen die diskriminierende Auswahl bei sogenannten verdachtsunabhängigen Personenkontrollen an den Grünen-Politiker Memet Kilic übergeben. Er ist Mitglied im Petitionsausschuss.

### **Anti-Rassismus-Training für Polizisten**

Ende Oktober urteilte das rheinland-pfälzische Oberverwaltungsgericht in Koblenz, dass Polizisten bei Stichprobenkontrollen nicht gezielt Menschen mit dunkler Hautfarbe ansprechen dürfen. Vorausgegangen war ein fast zweijähriger Rechtsstreit. Ein 26-jähriger schwarzer Student hatte sich bei einer Bahnfahrt im Dezember 2010 geweigert, zwei Bundespolizisten seinen Ausweis zu zeigen, weil er sich diskriminiert sah. Einer der Bundespolizisten hatte später zugegeben, dass er den Mann wegen seiner Hautfarbe kontrolliert habe.

In ihrer Petition fordern die Vereine auch, Anti-Rassismus-Trainings für Polizisten anzubieten und Fehlverhalten im Sinne des jüngsten Urteils lückenlos zu erfassen und aufzuklären. Eingereichte Petitionen werden vor der Veröffentlichung im Internet zur Mitzeichnung zunächst vom Ausschuss geprüft. Schließen sich mindestens 50.000 Menschen einem Begehren an, muss es in einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses thematisiert werden.

Link: <http://aktuell.evangelisch.de/artikel/73439/vereine-starten-petition-gegen-stichprobenkontrollen-der-polizei?destination=node/73439>

19.11.2012, von Andrea Dernbach

## **Dunkle Haut und deutsch – geht denn das? Die Initiative Schwarzer Menschen** will das „Racial Profiling“ verbieten lassen

Berlin - Eines Tages war's genug. Der Student, ein Deutscher, war schon mehrfach plötzlich angehalten und kontrolliert worden, doch diesmal verweigerte er die Papiere und fragte nach. Es stellte sich heraus, dass seine Hautfarbe ihn den Bundespolizisten verdächtig machte. Er ist schwarz. Er klagte und bekam Ende Oktober schließlich Recht. Das Oberverwaltungsgericht Koblenz erklärte, Menschen nur ihrer Hautfarbe wegen für Kontrollen aus der Menge zu fischen, sei ein Verstoß gegen das Grundgesetz.

Alles gut? Noch nicht, findet die „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland“ (ISD). Sie wird deshalb am Dienstag im Bundestag eine Petition einreichen, die es möglich machen soll, Erfahrungen wie die des Studenten in Zukunft zu verhindern. „Racial“ oder „Ethnic Profiling“ wollen sie verboten sehen.

Dazu fordern die Bürger, die die Petition bisher unterschrieben haben, nichts weniger als das Ende der sogenannten „verdachtsunabhängigen Kontrollen“. Sie erlauben es, dass die Polizei nur aufgrund der persönlichen Einschätzung des einzelnen Beamten oder der Beamtin Menschen auswählt, deren Papiere sie sehen will. „Diese Kontrollen leisten daher ganz zwangsläufig einer Ungleichbehandlung Vorschub“, heißt es im Petitionstext.

Diese Ungleichbehandlung verletzt nicht nur die betroffene Person tief, sondern, so vor drei Jahren der UN-Menschenrechtsausschuss, „trägt auch wesentlich zur Verbreitung von Fremdenhass in der Öffentlichkeit bei und unterläuft eine wirksame Politik gegen Rassendiskriminierung“. Weil Behörden und Staatsdiener da besonders negativ wirken können, will die Petition auch erreichen, dass ihr diskriminierendes Handeln ins Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) aufgenommen wird. Die Polizei müsse geschult, Verstöße müssten systematisch erfasst und von unabhängigen Experten ausgewertet werden.

Das könnte auch im Interesse der Polizeiarbeit selbst sein. Tahir Della von der ISD sieht die Behörden in der Gefahr gefährlichen Realitätsverlusts. „Racial Profiling“ befördere „Einschätzungen, die an der Wirklichkeit völlig vorbeigehen“, sagte er dem Tagesspiegel. Wer schwarz oder dunkelhäutig mit „ausländisch“ und dann mit „illegal“ gleichsetze, gerate oft an die Falschen, ganz normale Deutsche. „Da stimmt das Selbstbild Deutschlands immer noch nicht mit der tatsächlichen Vielfalt überein, auch bei der Polizei“ – obwohl sich dort viel geändert habe.

Was das für die Polizeipraxis bedeuten kann, stellte der UN-Menschenrechtsausschuss im Fall einer schwarzen Spanierin fest, die kontrolliert wurde, während ihr weißer Ehemann unbehelligt blieb: „Maßnahmen, die sich gegen eine bestimmte Rasse richten, könnten die Aufmerksamkeit der Polizei von andersstämmigen Migranten ohne Papiere ablenken und insofern kontraproduktiv werden.“

Von den Folgen für die Betroffenen ganz abgesehen. „Racial Profiling“ sei „institutionalisierte Demütigung“, bloggte kürzlich ein Betroffener, nicht nur auf Bahnstrecken nahe der Grenze – überall: Selbst wenn er sich abends entscheide, zwei Haltestellen weit nach Hause zu laufen, komme es vor, dass ihm eine Streife in Schrittgeschwindigkeit folge. Und obwohl es in Deutschland keine Pflicht gebe, den Ausweis dabei zu haben: „Als Schwarzer käme ich nie auf die Idee, meinen zu Hause zu lassen.“

Link: <http://www.pnn.de/politik/699488/>

## **Nach der Übergabe**

**Dpa Meldung** von 20.11.2012

greenpeace  
magazin.

### **«Unglaublich diskriminierend» - Diskussion über Polizei-Kontrollen**

20. November 2012, 16:59, Von Miriam Schmidt, dpa

Joshua Kwesi Aikins ist in Berlin geboren und aufgewachsen. Er promoviert in Politikwissenschaften, hat eine kleine Tochter und führt ein Leben wie viele andere Menschen in seinem Alter. Trotzdem fühlt sich der 32-Jährige in Deutschland oft anders behandelt und diskriminiert - weil er Afrodeutscher ist. Bei Polizeikontrollen muss der Sohn einer Deutschen und eines Ghanaers häufig als einziger den Ausweis vorzeigen. «Das ist einfach unglaublich diskriminierend», sagt er. Und bei der Rückkehr aus dem Urlaub werde sein Pass besonders kritisch beäugt.

«Ich bin unter Generalverdacht gestellt, ich bin qua Hautfarbe verdächtig und kriminell», sagt Aikins. Nach Angaben der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) ist das kein Einzelfall. Die Betroffenen würden öffentlich als Verdächtige gebrandmarkt, rassistische Einstellungen in der Bevölkerung verstärkt. «Personenkontrollen sind oft erst der Anfang», sagte Tahir Della von der ISD.

Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz hatte vor drei Wochen entschieden, dass die Polizei einen Menschen bei der Suche nach illegal Eingewanderten nicht nur wegen seiner Hautfarbe kontrollieren darf. Die ISD sieht in dem Urteil zwar ein Signal, es habe politisch aber nichts geändert.

Deshalb stellte die Initiative am Dienstag gemeinsam mit dem Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG), das Menschen bei Klagen gegen Diskriminierung unterstützt, eine Petition an den Bundestag vor. Darin wird gefordert, Polizeikontrollen ohne konkreten Verdacht abzuschaffen. «Racial Profiling» - also Kontrollen wegen Äußerlichkeiten wie Herkunft, Haar- oder Hautfarbe - müssten verboten werden. «Dieses Thema ist nichts Neues für uns, sondern es brennt uns schon lange auf den Nägeln», sagte Della.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) reagierte entsetzt. «Wer das fordert, der muss auch mit den Folgen leben», sagte der Vorsitzende Rainer Wendt. «Dann werden weniger Verbrechen und Straftaten aufgeklärt.» Die Vorwürfe an die Polizei, Kontrollen nur aufgrund von Äußerlichkeiten durchzuführen, wies er als «blanken Unfug» zurück. «Das trifft uns wirklich hart, das hier die Rassismus-Keule gegen die Polizei geschwungen wird.»

Die Initiatoren der Petition fordern Anti-Rassismus-Schulungen für Polizisten und eine zentrale Erfassung der Vorfälle. «Diskriminierung muss, auch wenn sie von staatlichen Akteuren ausgeht, geahndet werden», sagte Vera Egenberger vom BUG. Man brauche den Druck aus der Politik, um die Praxis bei der Polizei zu ändern.

50 000 Unterschriften wollen die Initiatoren innerhalb von vier Wochen sammeln - das ist die Grenze, damit ihr Anliegen öffentlich behandelt werden kann. Linke und Grüne sicherten Unterstützung zu: «Ich finde es unerträglich, in so einer Atmosphäre leben zu müssen, dass man nur aufgrund seines Aussehens kontrolliert wird», sagte Sevim Dagdelen (Linke). Der Grünen-Politiker Memet Kilic sagte, staatliches Handeln müsse darauf ausgerichtet sein, dass Menschen sich nicht diskriminiert fühlen.

Link: <http://www.greenpeace-magazin.de/tagesthemen/einzelansicht/artikel/2012/11/20/unglaublich-diskriminierend-diskussion-ueber-polizei-kontrollen/>

veröffentlicht auf:

 , Dienstag, 20. November 2012, Von Miriam Schmidt,  
Link: <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=3208843>



## **Kontrollen der Bundespolizei in Eisenhüttenstadt auf Basis von ‘racial profiling’**

20. November 2012

20-25 Personen waren zur gestrigen Sitzung des Flüchtlingsrats aus verschiedenen Orten Brandenburgs angereist. Zwei von ihnen wurden auf Ihrem Fußweg zur Sitzung aufgehalten und von Bundespolizisten aufgefordert, ihre Personalien abzugeben. Warum gerade diese zwei Personen und niemand von den anderen TeilnehmerInnen der Sitzung?  
Diese beiden Personen waren die einzigen schwarzen TeilnehmerInnen der Sitzung.

Nach wie vor treffen BundespolizistInnen ihre Entscheidung darüber, welche Personenkontrollen sie durchführen auf Basis des Kriteriums „Hautfarbe“. Sie tun dies trotz des wegweisenden Urteils des Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland Pfalz in Koblenz, das klar gestellt hat, dass das Kriterium der „Hautfarbe“ als Legitimation für eine Kontrolle ein Verstoß gegen das Grundgesetz ist. Mit diesem Urteil wurde die Praxis des „Racial/Ethnic Profiling“ gerügt, da sie gegen das Diskriminierungsverbot nach Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz verstößt.

Die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) und das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) haben eine Petition gegen „Racial Profiling“ im Deutschen Bundestag eingereicht, um diese Praxis zu beenden. Sie kann ab heute für die nächsten vier Wochen [hier](#) unterschrieben werden.

Link: <http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/rassismus/kontrollen-der-bundespolizei-in-eisenhuettenstadt-auf-basis-von-racial-profiling#more-8388>



20.11.2012, von Daniel Bax

## **Petition gegen Racial Profiling eingereicht - Willkürlich unter Verdacht**

Wegen der Hautfarbe von der Polizei kontrolliert zu werden, gehört für viele dunkelhäutige Deutsche zum Alltag. Nun fordert eine Petition die Abschaffung der Praxis.

„Papa, warum werden nur wir kontrolliert?“ Das habe ihn sein Sohn gefragt, als er einmal als Einziger an der Grenze zur Schweiz nach seinen Papieren gefragt worden sei. Memet Kilic, Abgeordneter der Grünen und deren Obmann im Petitionsausschuss des Bundestags, führte diese Anekdote an, um zu unterstreichen, warum er auch ganz persönlich die Petition unterstützt, die dort am Dienstagmorgen eingebracht wurde.

Zunächst nahm Kilic eine Liste mit mehr als 15.000 Unterschriften in Empfang, die mit einer [Onlinekampagne gegen „Racial/Ethnic Profiling“](#) gesammelt worden war. Zeitgleich brachte die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) eine Petition zum Thema ein, die ab jetzt unter anderem [auf der Webseite des Petitionsausschusses](#) unterschrieben werden kann.

Die Petition fordert die Bundesregierung dazu auf, die bundesgesetzlichen Regelungen, die der Polizei ihre „verdachtsunabhängigen Kontrollen“ erlauben, ganz abzuschaffen. Außerdem regen der ISD und seine Mitstreiter an, die Polizeibeamten schon in der Ausbildung durch Anti-Rassismus-Trainings für das Thema zu sensibilisieren. Nicht zuletzt fordern sie neue Kontrollmechanismen wie eine unabhängige Beschwerdestelle, um polizeiliches Fehlverhalten besser feststellen und ahnden zu können. Diese Forderung wird auch von Amnesty International oder Barbara John, der Ombudsfrau für die Opfer der NSU-Terrorzelle, schon lange erhoben.

„Das Thema brennt uns auf den Nägeln“, sagt Tahir Della von der Initiative Schwarzer Deutscher (ISD). Offiziell ist es in Deutschland zwar gar nicht erlaubt, Menschen nur aufgrund ihrer Hautfarbe zu kontrollieren. Tatsächlich aber gehört es zur Alltagserfahrung vieler Menschen mit Migrationshintergrund oder schlicht dunkler Hautfarbe, dass sie von der Polizei häufiger kontrolliert werden.

## „Oft werden Gründe vorgeschoben“

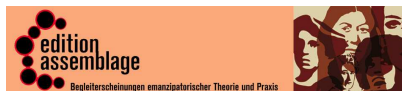
Erst vor einem Monat hatte das Oberverwaltungsgericht Koblenz einem Studenten aus Kassel Recht gegeben, der gegen die Bundespolizei geklagt hatte, weil er – wie der Polizeibeamte zugab – wegen seiner Hautfarbe kontrolliert worden war. Doch damit ist das Problem nicht aus der Welt, denn verdachtsunabhängige Kontrollen finden weiter statt – und die Hautfarbe bleibt für viele Polizisten dabei weiter ein Kriterium. „Hätte der Polizist nicht zugegeben, dass er den Studenten aus Kassel allein aufgrund seiner Hautfarbe kontrolliert hatte, hätte es keinen Prozess gegeben“, betont Tahir Della. „Oft werden andere Gründe vorgeschoben, auch wenn sie unglaublich sind.“

Wie schwierig der Umgang mit dem Thema ist, zeigten die Reaktionen aus den Reihen der Polizei. „Dieses Urteil ist nicht gut, denn es schürt Konflikte“, kritisierte Rainer Wendt, der Bundesvorsitzende der konservativen Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). „Die Gerichte machen schöngeistige Rechtspflege, aber richten sich nicht an der Praxis aus.“ Etwas konzilianter gab sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Im Fall des Kasseler Studenten sei das Konstanzer Urteil nachvollziehbar, befand der Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei, Josef Scheuring. „Anlass- und hinweisbezogen“ könne die Hautfarbe aber durchaus ein Grund für eine Kontrolle sein, „etwa wenn ein Täter zuvor entsprechend beschrieben worden sei“, sagte Scheuring.

Die Petition gegen „Racial Profiling“ wird von Amnesty International, dem Deutschen Institut für Menschenrechte und dem Zentralrat der Sinti und Roma unterstützt. Nun muss die Initiative in den nächsten vier Wochen 50.000 Unterschriften sammeln. Dann muss sich der Innenausschuss des Bundestags, der unter anderem auch für die Bundespolizei zuständig ist, öffentlich damit befassen – möglichst noch in dieser Legislaturperiode. Mbolo Yufanyi von der Flüchtlingsorganisation The Voice, die die Onlinepetition unterstützt, geht es aber vor allem um die Symbolwirkung. „Die Mentalität muss sich ändern“, sagte er der taz. „Das ist wichtiger als jede Gesetzänderung.“

Link: <http://www.taz.de/Petition-gegen-Racial-Profiling-eingereicht/!105894/>



20. November 2012 by assemblage

## **Petition: Stoppt Racial Profiling!**

(ISD)

Die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) und das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) haben eine Petition gegen den Einsatz von 'Racial Profiling' in der



Polizeiarbeit beim Petitionsausschuss des deutschen Bundestages vorgelegt. Diese Petition ist seit heute eröffnet.

Wir sammeln mindestens 50.000 Unterschriften in den kommenden 4 Wochen, um den Bundestag auf die rassistischen Praktiken der Polizei aufmerksam zu machen.

Sollten wir dies – mit eurer Hilfe – erfolgreich umsetzen können, wird sich sowohl der Petitionsausschuss als auch der Bundestag mit diesem Vorgehen befassen müssen.

Unter dem folgenden Link findet ihr die Petition:

[https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/\\_2012/\\_11/\\_07/Petition\\_37656.nc.html](https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2012/_11/_07/Petition_37656.nc.html)

Zunächst müsst ihr euch bei diesem Link registrieren. Dort werdet ihr nach einer e-mail Adresse, einem Passwort (das jeder selbst bestimmen kann) und eurer Adresse gefragt. Dann muss man zweimal die Bestimmungen anklicken, um die Petition zu zeichnen. Darauf hin erhält man eine Bestätigung per e-mail. Diese muss man dann wiederum nochmals bestätigen, um das Benutzerkonto zu aktivieren. Erst dann ist die Petition erfolgreich unterzeichnet. Dies nimmt circa eine Minute in Anspruch.

Wir möchten euch Alle um Unterstützung bitten. Solltet ihr Mitglieder einer Organisation sein die 'Racial Profiling' bekämpfen möchte, bitten wir euch diese e-mail möglichst breit zu streuen. Nur mit eurer Hilfe können wir in der sehr kurzen Zeit von 4 Wochen alle 50.000 Unterschriften zusammen bekommen.

Bei Interesse könnt ihr auch die Petitionswebseite 'Stoppt Racial Profiling' besuchen (<http://www.stoppt-racial-profiling.de/>). Außerdem senden wir uns Euch unsere Pressemeldung zu diesem Anlass anbei mit.

Herzlichen Dank für eure Unterstützung  
Der ISD-Vorstand.

**Weitere Informationen beim ISD:**  
[Stoppt Racial Profiling!](#)

Link: <http://www.edition-assemblage.de/petition-stoppt-racial-profiling/>

21.11.2012

## **Petition gegen verdachtsunabhängige Personenkontrollen gestartet**

Immer häufiger werden Fälle von ‚Racial/Ethnic Profiling‘ bekannt. Das sind verdachtsunabhängige Personenkontrollen der Polizei gegen Menschen, die nicht deutsch aussehen. Eine Petition, die jetzt online ist, soll diese Praxis stoppen.

Es sollte eine entspannte Zugfahrt von Koblenz nach Frankfurt a.M. werden für den schwarzen Deutschen. Doch die Polizei forderte ihn auf, sich auszuweisen – verdachtsunabhängig und wie schon so oft in der Vergangenheit, immer wieder ihn oder andere Schwarze. Diesmal weigerte er sich und wurde abgeführt.

Es kam zum Rechtsstreit. Die Polizeibeamten gaben in der mündlichen Verhandlung offen zu, dass sie den Schwarzen aufgrund seiner Hautfarbe kontrolliert hatten. Während das Verwaltungsgericht Koblenz darin kein Problem sah, stellte das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz unzweifelhaft fest, dass diese Maßnahme rechtswidrig ist. Die Bundespolizei musste sich bei dem Studenten entschuldigen.

Info: ‚Racial/Ethnic Profiling‘ beschreibt die diskriminierende Verwendung von Zuschreibungen (wie ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, nationale Herkunft oder Religion) als Grundlage für Identitätskontrollen und Durchsuchungen ohne konkretes Indiz durch die Polizei. Die Petition im Wortlaut und die Internetseite zur Petition.

### **Petition gestartet**

Damit ist das Problem aber noch lange nicht aus der Welt. Schwarze Menschen in Deutschland werden immer wieder Ziel von ‚Racial/Ethnic Profiling‘ durch die Polizei in Zügen, an Bahnhöfen und Flughäfen sowie an anderen öffentlichen Plätzen. Sie werden durch diese Kontrollpraxis der Polizei öffentlich als Verdächtige gebrandmarkt und es wird für die ganze Umgebung sichtbar infrage gestellt, dass sie sich rechtmäßig in Deutschland aufhalten.

Damit soll jetzt Schluss sein. Die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) und das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) haben eine Petition im Deutschen Bundestag eingereicht. Diese wurde am Dienstag eröffnet. Bis zum 19. Juli konnten bereits knapp 16.000 Stimmen gesammelt werden. Damit der Petitionsausschuss öffentlich berät, werden aber mindestens 50.000 Unterschriften benötigt.

### **Lückenlose Erfassung**

Ziel der Petition ist es, die bundesgesetzlichen Regelungen abzuschaffen, die solche verdachtsunabhängigen Personenkontrollen erlauben. Außerdem sollen Diskriminierungstatbestände, die von staatlichen Akteuren ausgehen, im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) eingefügt werden. Weiteres Anliegen der Petenten ist die Schulung der Polizei. Gefordert wird außerdem eine unabhängige Meldestruktur, die Fehlverhalten von Polizeibeamten lückenlos erfasst.

**Hier kann man die Petition unterzeichnen:** <https://epetitionen.bundestag.de>

„Ein Ziel der Petition ist es, dass Menschen, die von staatlichen Akteuren wie der Polizei diskriminiert wurden, einen rechtlichen Schutz beanspruchen können. Bislang ist dies nicht der Fall“, sagt Vera Egenberger (BUG).

Nicht dem Zufall überlassen

Tahir Della (ISD) ergänzt: „Personenkontrollen sind oft erst der Anfang. Dass ‚Racial Profiling‘ auch in Gewalt münden kann, zeigt unter anderem der aktuelle Fall von Derege Wevelsiep in Frankfurt am Main. Es sollte daher nicht dem Zufall überlassen werden, ob verdachtsunabhängige Personenkontrollen in Zukunft weiterhin durchgeführt werden.“ (hs)

Link: <http://www.migazin.de/2012/11/21/raciaethnic-profiling-petition-gegen-verdachtsunabhängige-personenkontrollen-gestartet/>

**DER TAGESSPIEGEL**  


## **Politik Deutschlands Farben - Schwarze wenden sich an Bundestag.**

21.11.2012, Kontrollen nach Hautfarbe und diskriminierendes Verhalten in deutschen Behörden sollen möglichst bald Vergangenheit sein. Darauf zielt eine Petition, die die „Initiative schwarze Menschen in Deutschland“ (ISD) am Dienstag an den Bundestag übergeben hat.

Ziel ist dabei insbesondere die Abschaffung der „verdachtsunabhängigen Kontrollen“ der Polizei. Aber auch diskriminierendes Verhalten anderer staatlicher Stellen will die ISD beendet sehen. Dafür müsse das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz angepasst werden, sagte Vera Egenberger vom Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung, das die Petition unterstützt. Erst kürzlich hatte das Oberverwaltungsgericht Koblenz einem schwarzen Studenten recht gegeben, der sich gewehrt hatte, weil er immer wieder Personenkontrollen über sich ergehen lassen musste.

Dies sei grundgesetzwidrig.

ISD-Vorstand Tahir Della sagte, es gehe auch um das Selbstbild Deutschlands, das sich immer noch als weiße Nation sehe, „was nicht der Wirklichkeit entspricht“, und wie Menschen behandelt würden, die nicht in dieses Bild passten. Die Abgeordneten Mehmet Kilic (Grüne) und Sevim Dagdelen (Linke) bemerkten, dass diese alltägliche Diskriminierung auch sie treffe. Kilic: „Als ich an der Schweizer Grenze angehalten wurde, fragte mein kleiner Sohn, warum nur wir kontrolliert würden. Darüber zu sprechen, war schwieriger, als zu erklären, wie Kinder entstehen.“

Die ISD hofft nun, dass in den nächsten vier Wochen mindestens 50 000 Unterschriften für ihr Anliegen unter [www.stoppt-racial-profiling.de](http://www.stoppt-racial-profiling.de) zusammenkommen. Dann würde der Petitionsausschuss darüber in öffentlicher Sitzung verhandeln. ade

Link: <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschlands-farben/7416032.html>



## **„Racial/Ethnic Profiling“\* die Rechtsgrundlage entziehen**

*21.11.12, von Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)*

Petition an den Bundestag kann seit dem 20.11.2012 unterschrieben werden.

Die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) bittet um ihre Unterstützung. Eine Online Petition an den Petitionsausschuss des deutschen Bundestages ist eingerichtet und wir bitten Sie darum diesen Aufruf über ihre Verteiler zu streuen und wenn möglich auch auf ihre Webseiten stellen.

§ 22, Absatz 1a des Bundespolizeigesetzes erlaubt verdachtsunabhängige Kontrollen mit dem Ziel „die unerlaubte Einreise von Ausländern“ zu verhindern. Dieses Gesetz wird von der Bundespolizei eingesetzt, um Menschen aufgrund phänotypischer Merkmale, ohne konkrete Verdachtsmomente zu kontrollieren.

Die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) und das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) haben eine Petition im Deutschen Bundestag eingereicht, um diese Praxis zu beenden. Sie kann ab heute für die nächsten vier Wochen unterschrieben werden. Benötigt werden mindestens 50 000 Unterschriften, damit der Petitionsausschuss öffentlich berät.

Die Praxis der verdachtsunabhängigen Kontrollen ist mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes nicht vereinbar. Deshalb fordern die ISD und das BUG in ihrer Petition: Die bundesgesetzlichen Regelungen abzuschaffen, die sogenannte verdachtsunabhängige Personenkontrollen der Polizei erlauben und Diskriminierungstatbestände, die von staatlichen Akteuren ausgehen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) einzufügen.

Darüber hinaus soll die Polizei geschult und Verstöße der Polizei gegen den im Grundgesetz verbrieften Gleichbehandlungsgrundsatz statistisch erfaßt werden. Gefordert werden außerdem eine unabhängige Meldestruktur, die Fehlverhalten von Polizeibeamt\_innen lückenlos erfasst.

*„Ein Ziel der Petition ist es, dass Menschen, die von staatlichen Akteuren wie der Polizei diskriminiert wurden, einen rechtlichen Schutz beanspruchen können. Bistlang ist dies nicht der Fall.“*, sagt Vera Egenberger vom Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V. (BUG).

*„Personenkontrollen sind oft erst der Anfang. Dass ‚Racial Profiling‘ auch in Gewalt münden kann, zeigt unter anderem der aktuelle Fall von Derege Wevelsiep in Frankfurt am Main. Es sollte daher nicht dem Zufall überlassen werden, ob verdachtsunabhängige Personenkontrollen in Zukunft weiterhin durchgeführt werden“*, sagt Tahir Della von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD).

\***„Racial/Ethnic Profiling“** beschreibt die diskriminierende Verwendung von Zuschreibungen (wie ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, nationale Herkunft oder Religion) als Grundlage für Identitätskontrollen.

Neben interner Vernetzung und gemeinschaftlichen Aktion vertritt die ISD die Interessen von Schwarzen Menschen in Gesellschaft und Politik. Informationen unter: [isdonline.de](http://isdonline.de)  
Das BUG ist ein gemeinnütziger Verein, der Menschen im Rahmen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes als Beistand bei gerichtlichen Klagen gegen Diskriminierung unterstützt: [www.bug-ev.org](http://www.bug-ev.org)  
<http://www.stoppt-racial-profiling.de>

Link: [http://www.scharf-links.de/46.0.html?&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=30382&tx\\_ttnews\[backPid\]=56&cHash=b76ad9484d](http://www.scharf-links.de/46.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=30382&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=b76ad9484d)



## Hautfarbe als Stigma

### Petition gegen umstrittene ethnische Kontrollen in den Bundestag eingereicht

21.11.2012, Von Stefan Otto

Tagtäglich werden Menschen von Polizisten aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihres fremden Aussehens kontrolliert. Ein Gerichtsurteil im Oktober hat dies für unzulässig erklärt. Nun soll eine öffentliche Petition Druck auf die Bundespolitik ausüben, damit diese Stigmatisierungen aufhören.

Glaubt man Tahir Della von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD), dann gehören Polizeikontrollen für Menschen, die hierzulande fremd aussehen, zum Alltag. Sie müssten es über sich ergehen lassen, wenn Beamte sie jederzeit in der Öffentlichkeit kontrollieren. Das Bundespolizeigesetz erlaubt diese Praxis. Damit soll eine »unerlaubte Einreise von Ausländern« verhindert werden, heißt es.

Unmut darüber gibt es schon lange bei den Betroffenen. Jetzt hat die ISD zusammen mit dem Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) eine Petition im Deutschen Bundestag eingereicht. »Wir wollen eine Diskussion anstoßen«, sagte Della gestern bei der öffentlichen Vorstellung der Petition. Er wünscht sich, dass Deutschland zu seinen Einwanderern steht, die teilweise bereits seit Generationen hier leben.

Innerhalb der nächsten vier Wochen müssen 50 000 Unterschriften gesammelt werden, dann beschäftigt sich die Bundespolitik mit dieser umstrittenen Polizeipraxis. Ziel der Petition sei es, »dass Menschen, die von staatlichen Akteuren diskriminiert werden, einen rechtlichen Schutz beanspruchen können«, erklärte Vera Egenberger vom BUG. Bisher sei das nicht der Fall.

Rückenwind bekommt die Kampagne durch einen Beschluss des Oberwaltungsgerichts Rheinland Pfalz. Ein 26-Jähriger hatte dagegen geklagt, wegen seiner dunkleren Hautfarbe auf einer Zugfahrt von Kassel nach Frankfurt am Main kontrolliert worden zu sein. Und er bekam Recht. Das Vorgehen verstoße gegen das Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes, befand das Gericht. Zwei Polizeibeamte mussten sich bei dem Kläger entschuldigen.

Auf Zustimmung stößt die Petition bei den Grünen und der LINKEN im Bundestag. Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, kündigte an, diese umstrittenen Polizeikontrollen an den Innenausschuss des Bundestages heranzutragen, damit auch dort darüber diskutiert wird. Der Grünen-Abgeordnete Mehmet Kiliç forderte eine Gesellschaft, in der sich die Zuwanderer vor der Polizei nicht verstecken müssen. Der in der Türkei geborene Kiliç weiß, wovon er spricht – Kontrollen wegen seines Aussehens kennt auch er.

Nur wenig Vertrauen in die Politik hat indes Mbolo Yufanyi von der Flüchtlingsorganisation The Voice. »Gegen die Residenzpflicht protestieren wir bereits seit vielen Jahren. Bislang sind wir bei Politikern immer auf eine Mauer des Schweigens gestoßen.« Die Residenzpflicht verbietet es Asylbewerbern in vielen Bundesländern, ohne Erlaubnis ihren Aufenthaltsort zu verlassen. Jelpke fordert als Oppositionspolitikerin schon lange eine Abschaffung dieser Bewegungseinschränkung für Flüchtlinge. Immer wieder bietet die Residenzpflicht Polizisten einen Vorwand für eine ethnische Polizeikontrolle.

Für Betroffene müsse es eine rechtliche Möglichkeit geben, um gegen diese Kontrollen vorzugehen, sagte Jelpke und wies zugleich darauf hin, dass dies alleine nicht ausreiche, um ein gesellschaftliches Klima zu verändern. »Die Polizei beruft sich ja darauf, dass es sich bei Diskriminierungen um Einzelfälle handelt.« Jelpke schlägt daher vor, an der Basis anzusetzen und bereits bei der Ausbildung von Polizisten einen sensiblen Umgang in den Kontrollen zu vermitteln.

Link: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/804930.hautfarbe-als-stigma.html>

## **World Wide Brandenburg**

### **Hautfarbe darf keine Legitimation für Kontrolle sein – Brandenburger Flüchtlingsrat ruft zur Unterzeichnung einer Petition gegen “Racial Profiling” auf**

*21. Nov. 2012 von Stahlbaum*

Etwas 25 Menschen kamen am vergangenen Montag zur Sitzung des Landesflüchtlingsrates Brandenburg. Zwei Personen, schreibt Dorothea Lindenberg in diesem Zusammenhang, wurden auf ihrem Weg durch Eisenhüttenstadt ohne ersichtlichen Grund von der Bundespolizei aufgehalten und zur Abgabe ihrer Personalien aufgefordert. *“Diese beiden Personen waren die einzigen schwarzen TeilnehmerInnen der Sitzung.”*

Die Initiative nimmt das zum Anlass, auf eine aktuelle Petition gegen “Racial Profiling” aufmerksam zu machen, die von der ‘Initiative Schwarze Menschen in Deutschland’ (ISD) und dem ‘Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung’ (BUG) im Deutschen Bundestag eingereicht wurde. [Hier](#) kann sie unterzeichnet werden.

Link: <http://www.world-wide-brandenburg.de/?p=3517>

## **Süddeutsche Zeitung**

### **Diskriminierende Polizeikontrollen Hauptkriterium: Hautfarbe**

*22.11.2012, 09:54, Von Oliver Klasen und Jonas Schaible*

Wie wählen Bundespolizisten an Bahnhöfen und Flughäfen aus, wen sie kontrollieren? Allzu häufig ist die Hautfarbe entscheidend, sagen Migrantenverbände. Doch der Nachweis einer rassistischen Motivation ist schwierig. Juristen fordern deshalb die Abschaffung der "verdachtsunabhängigen Kontrollen".

Es passiert täglich an deutschen Bahnhöfen, in Zügen, auf Flughäfen oder in einem Gebiet, das sich von den Grenzen bis zu 30 Kilometer ins Landesinnere erstreckt. "Verdachtsunabhängige Personenkontrollen" nennt die Bundespolizei ihre Maßnahme - festgelegt in den Paragraphen 22 und 23 des Bundespolizeigesetzes.

Im Klartext bedeutet das, dass die Beamten die Identität von Personen feststellen und Ausweiskontrollen vornehmen dürfen, ohne dass ein konkreter Verdacht für eine Straftat besteht. Das, so argumentieren Innenpolitiker und Polizeivertreter, diene der Gefahrenabwehr und der Kriminalitätsbekämpfung. Außerdem helfe es, die illegale Einreise in die Bundesrepublik Deutschland zu verhindern.

"Verdachtsunabhängige Personenkontrolle", das klingt ein bisschen nach Polizeideutsch und Behördensprache. Vor allem klingt es so, als könnte jeder Bürger potenziell davon betroffen sein - unabhängig davon, ob er verdächtigt wird.

Die Realität, sagen Polizeikritiker, stellt sich oft anders dar. Kontrolliert würden insbesondere Menschen, die auf den ersten Blick ausländisch aussähen, zum Beispiel jene mit dunkler Hautfarbe. "Racial Profiling" sagen Migrantenverbände und Menschenrechtsgruppen dazu - und das klingt nach Rassismus.

### **Präzedenzfall eines Kasseler Architekturstudenten**

Rassistisch diskriminiert fühlte sich auch ein Kasseler Architekturstudent, der vor drei Wochen vor dem Obergericht Rheinland-Pfalz in zweiter Instanz recht bekommen hat. Ein Bundespolizist hatte im Zug von Frankfurt nach Kassel seine Personalien überprüft - weil er schwarz ist, wie der Beamte später vor Gericht freimütig zugab. Derartige Kontrollen seien rechtswidrig, urteilten die Richter in Koblenz, dem Sitz der zuständigen Bundespolizeidirektion.

Rechtsanwalt Sven Adam berät häufig Menschen, die sich durch Polizeikontrollen zu Unrecht verdächtigt sehen - auch der Student aus Kassel zählt zu seinen Mandanten. Verdachtsunabhängige Kontrollen, beispielsweise in Zügen im Inland, seien "völlig unsinnig",

sagt Adam zu *Süddeutsche.de*. Es gebe keinerlei Belege dafür, dass sie tatsächlich dazu beitragen, illegale Einwanderung zu verringern. "Ich halte sie außerdem für verfassungswidrig, weil sie zu tief in die Grundrechte eingreifen."

Ähnlich argumentieren zwei Gruppen, die gegen die Praxis des "Racial Profiling" [in dieser Woche eine Petition in den Bundestag eingebracht haben](#). Sie fordern eine völlige Abschaffung der verdachtsunabhängigen Personenkontrollen, weil dabei Menschen "aufgrund einer rein subjektiven Beurteilung" ausgewählt und einer Ungleichbehandlung Vorschub geleistet würde. Es sei höchste Zeit, öffentlich zu diskutieren, wie das Verhältnis von Polizei und Menschen anderer Hautfarbe verbessert werden könne, sagt Tahir Della von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland.

### **Anti-Rassismus-Training für Polizisten gefordert**

Die Unterzeichner regen auch an, neue "Meldestrukturen zu schaffen". Die sollen es erlauben, mögliches Fehlverhalten von Polizisten lückenlos zu erfassen. Polizeibeamte sollten darüber hinaus mit einem speziellen Anti-Rassismus-Training in der Ausbildung stärker sensibilisiert werden.

Harald Schneider sieht die Forderung nach einer Abschaffung der verdachtsunabhängigen Kontrollen kritisch. Er ist sicherheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag und war mehr als drei Jahrzehnte selbst im Polizeidienst. Durch die verdachtsunabhängigen Kontrollen sei es gelungen, etwa die Drogenkriminalität sehr wirkungsvoll einzudämmen. "Sie sind eine Erfolgsstory, zumindest in Bayern", sagt Schneider. Hier führt, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, nicht nur die Bundespolizei solche Kontrollen durch. In dem schon erwähnten Streifen von 30 Kilometern um die Außengrenzen kontrollieren zusätzlich Beamte der bayerischen Polizei im Rahmen der sogenannten Schleierfahndung.

Auch wenn er gegen eine Gesetzesänderung sei, könne er verstehen, wenn sich Migranten bei Kontrollen an Bahnhöfen, wo es vor allem um das Vorgehen gegen illegale Einwanderung geht, teilweise diskriminiert fühlen. "Ich bekomme sehr häufig Beschwerden über die Polizei und gehe ihnen auch allen nach. Aber die Gesetze an sich sind nicht diskriminierend, das sind höchstens einzelne Beamte, die sich falsch verhalten."

Schneider regt an, in allen Städten, in denen es wegen diskriminierender Kontrollen an Bahnhöfen und Flughäfen Beschwerden gab, einen "runden Tisch" einzurichten, an dem neben Polizei, Ausländerbehörden und lokalen Politikern auch verschiedene Migrantenverbände teilnehmen sollen.

### **Deutsche Gesetze verbieten Racial Profiling**

Auch wenn es zur Alltagserfahrung vieler Migranten gehört, dass sie häufiger kontrolliert werden: Racial Profiling ist, darauf weisen die Urheber der Petition in ihrer Begründung auch explizit hin, eigentlich schon heute verboten, weil es gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes verstößt. Die Bundesregierung hatte außerdem 2011 in einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion festgestellt, dass "eine unterschiedliche Behandlung von Personen in Abhängigkeit von Rasse, Herkunft oder Religion" den für die Bundespolizei geltenden Vorschriften widerspricht, weil sie "unvereinbar mit dem Verständnis von Polizeiarbeit in einem demokratischen Rechtsstaat" sei.



Doch wenn Polizisten bestreiten, dass eine Person wegen ihrer Hautfarbe kontrolliert wurde, lässt sich das Gegenteil kaum beweisen. Beamte der Bundespolizei können die wahren Kriterien, nach denen sie auswählen, verschleiern, solange ihnen das Gesetz die Möglichkeit gibt, ohne bestimmten Grund Personen zu überprüfen. Rechtsanwalt Adam glaubt, dass dieses Problem nur durch die Abschaffung der verdachtsunabhängigen Kontrollen gelöst würde.

Und der Jurist hat noch einen Vorschlag, wie verhindert werden könnte, dass Menschen womöglich aufgrund ethnischer Kriterien kontrolliert werden: Beamte sollten verpflichtet werden, bei jeder Kontrolle noch vor Ort ein Formular auszufüllen. Darin müsste stehen, warum gerade die jeweilige Person ausgewählt wurde. Dadurch würden Polizisten gezwungen, nur in wirklich begründeten Fällen zu kontrollieren.

Auch Tahir Della findet diesen Vorschlag gut. In anderen Ländern wie Großbritannien gebe es so etwas längst. Die Forderungen der Petition seien nur der erste Schritt. "Danach müssen auch solche Maßnahmen auf den Tisch."

Link: <http://www.sueddeutsche.de/politik/diskriminierende-polizeikontrollen-hauptkriterium-hautfarbe-1.1529047>

Hinterland

Das Vierteljahresmagazin für kein ruhiges. Ein Magazin vom Bayerischen Flüchtlingsrat

Nr. 21

## Rassistische Raster

**Nach dem erfolgreichen Abschluss der ersten Petition gegen „Racial Profiling“ startet Mitte November auf der Petitionsplattform des Deutschen Bundestages die zweite. Damit will die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD-Bund e.V.) den Druck auf die Bundesregierung und die Abgeordneten erhöhen, um ein Verbot der verdachtsunabhängigen Kontrollen zu bewirken.**

*Von Tahir Della und Jamie Shearer, ISD*

März 2012: Das Urteil im „Racial Profiling“ Fall wird bekannt – *Der Spiegel, Frankfurter Rundschau* und andere Medien berichten. Im vorliegenden Fall war im Dezember 2010 ein junger Schwarzer Deutscher auf der Bahnstrecke Kassel/Frankfurt am Main von der Bundespolizei aufgefordert worden sich auszuweisen. Er hatte dies verweigert, weil er schon häufiger gezielt kontrolliert worden war, während *weiße* Mitreisende sich nicht ausweisen mussten. Daraufhin wurde er zur Personalienfeststellung auf das nächstgelegene Polizeirevier gebracht und strengte in der Folge eine Zivilklage gegen die Bundespolizei an. Die Klage wurde abgewiesen und das Verwaltungsgericht Koblenz schloss sich der polizeilichen Einschätzung an: Es sei legitim, den Kläger allein aufgrund seiner phänotypischen Merkmale zu kontrollieren. Auf Nachfrage antwortete der angeklagte Polizist, er spreche Leute an, die ihm „ausländisch“ erscheinen. Dies richte sich nach der Hautfarbe, aber auch danach, ob die reisende Person Gepäck bei sich habe

oder ob sie alleine irgendwo im Zug stehe. So wurde die Praxis des „Racial Profiling“ zum einen erstmalig als Handlungspraxis eingestanden und zum anderen als angemessene Polizeiarbeit eingeschätzt.

Neben interner Vernetzung und gemeinschaftlicher Aktion vertritt die ISD die Interessen von Schwarzen Menschen in Gesellschaft und Politik, um auf die Gesetzgebung Einfluss zu nehmen. Politische Partizipation Schwarzer Menschen sowie die Verbesserung ihrer Lebenssituation in Deutschland sind das Ziel. Die ISD fordert eine antirassistische Haltung in allen Bereichen der Politik (Bildung, Aufenthalt, Staatsbürgerschaft, Asylgesetzgebung) und dass die Realität unterschiedlicher und ineinandergreifender Formen von Diskriminierungen anerkannt wird. Weitere Informationen finden sich unter: <http://isdonline.de/>

### **Unter Generalverdacht**

Dies widerspricht in gravierender Weise internationalen Menschenrechtsstandards. „Racial Profiling“ ist eine Form des institutionellen Rassismus und beschreibt die diskriminierende Verwendung von Zuschreibungen wie Hautfarbe, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit, Herkunft oder Sprache als Grundlage für Identitätskontrollen und Durchsuchungen ohne konkretes Indiz. Es wird seit Jahren von den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppen kritisiert und stellt für Schwarze Menschen und People of Color (PoC) kein neues Phänomen dar. Diese

Art der Personenkontrollen werden regelmäßig von der Polizei in Zügen, an Bahnhöfen und Flughäfen sowie an anderen öffentlichen Plätzen durchgeführt, wobei Schwarze Menschen und PoC immer wieder zu Verdächtigen erklärt werden, die sich möglicherweise als Illegalisierte in Deutschland aufhalten. Damit wird die längst widerlegte Ansicht tradiert, dass sich Deutschland aus einer homogenen, *weißen* Bevölkerung zusammensetzt. Diese Zuschreibungen sind und waren nie zeitgemäß und gehen an der gesellschaftlichen Realität Deutschlands vorbei. Den Menschen wird durch diese rassistische Polizeipraxis die Gleichheit vor dem Gesetz versagt, was verdeutlicht, dass sie in Deutschland auch im Jahr 2012 noch nicht als gleichgestellte Mitglieder der Gesellschaft betrachtet werden.

Die gerichtliche Akzeptanz des „Racial Profiling“ hatte auch unmittelbare Folgen. Das damals noch nicht rechtskräftige Urteil wurde von der Bundespolizei zur Legitimation ihrer gezielten Kontrollen herangezogen. Angesprochen auf die rassistischen Kontrollen, verteilten Angehörige der Bundespolizei auf der Bahnstrecke Basel/Freiburg Auszüge des Urteils als Faltblätter. Zwar gab die nächsthöhere Instanz dem Kläger recht, dennoch ist ein Ende dieser Polizeimaßnahmen nicht zu erwarten. Deshalb fordert die ISD: ein Verbot verdachtsunabhängiger Personenkontrollen, da sie zwangsläufig zu „Racial Profiling“ führen; AntiRassismus-Trainings für Polizeipersonal in Ausbildung sowie Fortbildungen für Beamtinnen und Beamten im Einsatz; unabhängige Meldestrukturen für „Racial Profiling“ und Polizeigewalt.

### **Erster Etappensieg**

Die erste Petition gegen diese rassistischen Polizeimethoden und die daran gekoppelten Aktionen haben das Thema für eine breite Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Wir haben in drei Monaten Petitionslaufzeit 15.000 Unterschriften sammeln können. Nun geht es darum, die Kampagne fortzusetzen. Ein Bündnis bestehend aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen soll der zweiten Petition zu Erfolg verhelfen. Die Verantwortlichen haben in der Vergangenheit wiederholt bestritten, dass diese rassistische Polizeipraxis überhaupt zur Anwendung kommt und daran festgehalten, dass die Polizei bei der Ausübung ihrer Arbeit an die Prinzipien und Bestimmungen des Grundgesetzes gebunden sei.

Die erste Entscheidung zu „Racial Profiling“ hatte den Verpflichtungen aus den UN Antirassismus-Konventionen der Bundesrepublik widersprochen. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Koblenz vom 29. Oktober 2012 hebt nun die erstinstanzliche Entscheidung vom Februar auf und bezieht sich klar auf Artikel 3, Abs. 3 des Grundgesetzes, der ein Diskriminierungsverbot beinhaltet. Die Bundesregierung entschuldigte sich überdies beim Kläger. Der junge Mann, sein Anwalt und wir als Aktivistinnen und Aktivisten verbuchen dies als einen ersten Etappensieg. Dennoch sind wir noch ein ganzes Stück von unserem Ziel entfernt, eine gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung zu erreichen, die uns zu vollwertigen Teilhaberinnen und Teilhabern erklärt.

Link: <http://www.hinterland-magazin.de/pdf/21-84.pdf>

## *VICE Magazin*

### **Die rassistische Arbeitsweise der Polizei**

*von Kira Ayyadi, 27.11.2012*

Eines Tages war es ihm genug. Ein deutscher Student wurde wieder einmal im Zug nach seinen Papieren gefragt. Seiner Meinung nach leiden besonders Menschen wie er unter den Kontrollen der Polizei. Er ist schwarz. Er klagte gegen dieses Vorgehen. Im Oktober hat das Oberverwaltungsgericht in Koblenz dem Studenten in dieser Einzelfallentscheidung Recht zugesprochen, dass er unrechtmäßig kontrolliert wurde. Ein weiteres Urteil aus diesem Verfahren besagt, dass weder Hautfarbe noch sonstige äußere Merkmale eine Berechtigung darstellen, jemanden einer Kontrolle zu unterziehen. Solch ein diskriminierendes Vorgehen nennt man Racial Profiling.

Juristisch ist das Racial Profiling nicht eindeutig geregelt. Laut Bundesgesetz dürfen Sicherheitsbehörden „verdachtsunabhängige Kontrollen“ durchführen. Das legitimiert sie dazu, wahllos Menschen zu kontrollieren. Eigentlich sollten die Verdachtskriterien der Beamten bloß auf dem Verhalten von Verdächtigen gründen. Doch die Realität scheint anders auszusehen: Besonders Menschen, denen man ansieht, dass ihre Wurzeln nicht rein deutsch sind, haben unter diesem Vorgehen zu leiden, denn sie sind besonders häufig von solchen Kontrollen betroffen, berichtete mir Tahir Della. Er ist Vorstandsmitglied der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD). „Auch wenn das Urteil des Oberverwaltungsgericht schon ein guter Schritt in die richtige Richtung ist, reicht das noch nicht“, meint Tahir. Denn Auswirkungen wird dieses Urteil nur dann haben, wenn die Beamten zugeben, dass sie Kontrollen bloß aufgrund der Hautfarbe durchgeführt haben. Deswegen reichte die ISD vergangene Woche eine Petition gegen das Racial Profiling im Bundestag ein. „Wir wollen die rassistische Vorgehensweise der Polizei nicht länger hinnehmen“, erzählt mir Tahir Della. Sie fordern unter anderem die Aufhebung der „verdachtsunabhängigen Kontrollen“ und eine statistische Erhebung aller Kontrollen, nach englischem Vorbild, um belegen zu können, dass verhältnismäßig öfter schwarze Menschen solchen Kontrollen unterliegen. „Die deutsche Politik muss dringend etwas ändern, denn uns gibt es nicht erst seit vorgestern“, erzählte mir eine junge Afrodeutsche. Sie und Tahir konnten mir sehr viele Situationen schildern, in denen Menschen mit dunkler Hautfarbe von Polizeibeamten schikaniert wurden. So wurde beispielsweise eine 50-jährige Afrodeutsche, Mutter von drei

Kindern, in ihrem Auto angehalten. Mehrfach forderten die Beamten sie auf, sie solle nun endlich zugeben, dass sie in ihrem Auto Drogen schmuggle und dass sie selber unter Drogen stehe. „Geschichten wie diese gibt es sehr, sehr viele“, versicherte mit Tahir.

Auch der Deutsch-Ghanaer Kwesi Aikins, der sich selber als Afro-Berliner sieht, konnte mir von so einigen Begebenheiten berichten, in denen er unverhältnismäßig streng kontrolliert wurde. Er wundert sich heute nicht mehr darüber, wenn Polizeibeamte mit dem Fingernagel an dem Foto seines Personalausweises kratzen. „Bei den Schwarzen weiß man ja nie, der könnte ja auch gefälscht sein“, sagte er ironisch. Kwesi bedauert, dass die deutsche Staatsbürgerschaft für einige Polizisten noch immer nicht kompatibel mit einer dunklen Hautfarbe zu sein scheint. „Die gehen dann meistens davon aus, dass da was nicht stimmen kann.“

Dass besonders schwarze Menschen unter diesen wahllosen Kontrollen leiden, erklärt die Polizei damit, „die unerlaubte Einreise von Ausländern zu verhindern.“ Doch die Zulassung verdachtsunabhängiger Kontrollen schafft zwangsläufig diskriminierende Strukturen. „Alle Menschen, die nicht in das Raster eines typisch Deutschen passen, werden damit unter Generalverdacht gestellt“, meint Kwesi. In der Berliner U-Bahn führten bereits kleine Missverständnisse zu großen Drohungen. So kam es einmal dazu, dass ein Kontrolleur Kwesi nicht glaubte, dass sein Fahrschein gültig sei. Daraufhin begann er, Kwesi in dem voll besetzten Abteil anzubrüllen: „Aussteigen, sofort. Ich werde dich deportieren. Du bist illegal hier und du bist ein Lügner.“ Solch ein Verhalten stößt bei Kwesi auf Unverständnis. Meistens, wenn er als Einziger aus einer Menschenansammlung heraus gezogen wurde, gingen die Beamten davon aus, dass er entweder ein illegaler Einwanderer sei oder ein Asylant, der gegen seine Residenzpflicht verstoße. „In solchen Situationen muss ich meine Emotionen verbergen“, erklärte er mir. „Zwar bin ich beleidigt, verletzt und wütend, aber meine Gefühle darf ich nicht zeigen, denn sonst wäre ich in deren Augen sofort eine Gefahr. Dann würden die in mir bloß noch einen wütenden, schwarzen Mann sehen. Es ist also leider von strategischem Vorteil, wenn ich meine Emotionen nicht zeige.“

„Dabei sind Polizeikontrollen oft erst der Anfang. Das Racial Profiling mündet nicht selten in Gewalt“, meint Tahir. Durch die Medien bekannt ist der Fall Wevelsiep, der nach einer Fahrkartenkontrolle von zwei Polizeibeamten verprügelt wurde. Oder der Fall Mareame Sarr, die bloß mit einem Brotmesser bewaffnet von einem der drei anwesenden Polizisten, die auf Grund eines Sorgerechtsstreites gerufen worden waren, in ihrer Wohnung erschossen wurde. Am bekanntesten scheint der Fall Oury Jalloh zu sein. Aus bis heute ungeklärten Umständen, verbrannte dieser nach seiner Verhaftung, an Hand- und Fußschellen gefesselt, auf einer Matratze. Die Beamten, die zu jener Zeit in Dienst waren, behaupten, er habe sich trotz Fesseln mit einem bei der Untersuchung übersehenen Feuerzeug selber in Brand gesetzt.

Auf die Frage, ob die Polizei zu einer kurzen Stellungnahme zum Thema „verdachtsunabhängige Kontrollen“ bereit wäre, bekam ich im Wortlaut die Antwort: „Ne, is nich.“ Auch auf eine schriftliche Stellungnahme per E-Mail warte ich bislang. „Wir sind für die nicht Menschen, die es zu beschützen gilt, sondern vor denen man die anderen beschützen muss“, beschreibt Kwesi das Verhältnis zur Polizei. „Das ist ein Teil unserer Lebensrealität. Die Polizei ist eben nicht immer unser Freund und Helfer. Ich kann mir nie sicher sein, ob es für mich gut oder schlecht ist, wenn ich die Polizei anrufe.“ Kwesi möchte diesen Alltagsrassismus nicht einfach so hinnehmen. Er hofft, dass die Petition etwas bewirken wird, „auch wenn es bloß zu einem gesellschaftlichen Umdenken führt.“ Ein Freund von Kwesi, ein schwarzer Regisseur aus England, der im vergangenen Jahr das erste Mal in Deutschland war, meinte über Deutschland: „Ich fühle mich hier, als hätte ich eine Zeitreise gemacht. Als wäre ich 30 Jahre in die Vergangenheit gereist.“

Link: [http://www.vice.com/de/read/news-die-rassistische-arbeitsweise-der-polizei-racial-profiling/?utm\\_source=vicefb&fb\\_source=message](http://www.vice.com/de/read/news-die-rassistische-arbeitsweise-der-polizei-racial-profiling/?utm_source=vicefb&fb_source=message)



## Rassismus bei der Polizei?

### Verbände fordern vorurteilsfreien Umgang mit Zuwanderern

*Von Wolfgang Minder, 30.11.2012*

Bei einer Fahrkartenkontrolle in der Frankfurter U-Bahn kommt es zum Streit zwischen Kontrolleuren und dem Elektro-Ingenieur Derege Wevelsiep. Seine Freundin soll keinen gültigen Fahrausweis gehabt haben. Das ginge so nicht, schließlich sei man hier nicht in Afrika, sollen die Kontrolleure gesagt haben. Die Polizei wird dazugerufen, doch sie schlichtet nicht. Stattdessen sei es zu Handgreiflichkeiten gekommen, so der Elektro-Ingenieur. Zufall? Einzelfall? Alltag? Menschenrechtsverbände kritisieren seit Jahren das so genannte Racial Profiling. Wer eine andere Hautfarbe habe und in Deutschland öffentliche Verkehrsmittel nutze, gerate öfter in so genannte verdachtsunabhängige Personenkontrollen. Potentiell stehe man im Verdacht, illegal einzureisen, Drogengeschäfte abzuwickeln, schwarz zu fahren oder gar Terrorabsichten zu hegen, meinen Kritiker. Das muss sich ändern, fordern Menschenrechtsinitiativen. **Cosmo TV** war dabei, als sie beim Petitionsausschuss des Bundestages jetzt Beschwerde eingereicht haben.

**Link zum Video, Sendung vom 02. Dezember 2012:**

[http://www.wdr.de/tv/cosmotv/sendungsbeitraege/2012/1202/rassismus\\_bei\\_der\\_polizei.jsp](http://www.wdr.de/tv/cosmotv/sendungsbeitraege/2012/1202/rassismus_bei_der_polizei.jsp)



## Pressemitteilung

### **Aufruf zur Unterstützung: Petition „Stop Racial Profiling“ beim Deutschen Bundestag**

*Berlin, 3.12.2012.*

Die Neuen deutschen Medienmacher unterstützen die Petition, welche die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) und das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) beim Deutschen Bundestag eingereicht haben: „Stop Racial Profiling“.

Die Kampagne „Stop Racial Profiling“ wendet sich gegen rassistische Polizeikontrollen, die sich überwiegend gegen Schwarze Menschen und People of Color richten: Sie werden sehr viel häufiger – ohne Anlass! – von der Polizei kontrolliert als der Durchschnitt der Bevölkerung.

„Racial/Ethnic Profiling“ steht für die Verdächtigung und Verfolgung von Menschen aufgrund so genannter herkunftsbasierter Personenprofile durch die Polizei. Dabei handelt es sich um die diskriminierende Verwendung von Hautfarbe, Herkunft oder religiöser Zugehörigkeit als Grundlage für Identitätskontrollen und Durchsuchungen ohne konkretes Indiz.

Durch diese Polizeipraxis werden Schwarze Menschen und People of Color öffentlich unter Generalverdacht gestellt, als Verdächtige gebrandmarkt und auch ohne konkrete Verdachtsmomente kriminalisiert.

Die Praxis des Racial/Ethnic Profiling der Polizei ist besonders problematisch, weil sich hier der institutionalisierte und strukturelle Rassismus zeigt – ein offensichtlicher Widerspruch zum Gleichbehandlungsgrundsatz, wie er in Artikel 3 des Grundgesetzes festgeschrieben ist.

Die Petition fordert unter anderem die Abschaffung der so genannten verdachtsunabhängigen Personenkontrollen sowie Anti-Rassismus-Trainings für die Polizei.

**Die Petition gegen „Racial/Ethnic Profiling“ kann bis zum 18. Dezember unterschrieben werden. Es werden 50.000 Unterschriften benötigt, damit der Bundestag sich öffentlich mit dem Thema befassen muss.**

Die Neuen deutschen Medienmacher unterstützen diese Petition. Wir bitten darum, dem Aufruf zu folgen, um diese inakzeptable polizeiliche Praxis abzuschaffen. Das Ziel: den grund- und menschenrechtlich verbrieften Diskriminierungsschutz auch durch staatliche Akteure zu gewährleisten.

Die Neuen deutschen Medienmacher rufen Journalisten auf, Racial Profiling kritisch in ihrer Berichterstattung zu reflektieren.

#### **BITTE PETITION UNTERZEICHNEN!**

Die Bundestagsseite zum direkt Unterschreiben:

[https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/\\_2012/\\_11/\\_07/Petition\\_37656.nc.html](https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2012/_11/_07/Petition_37656.nc.html)

## **Petition gegen Racial Profiling auf gutem Weg**

**Polizeiarbeit geht auch ohne diskriminierende Maßnahmen. Davon sind bisher rund 23.000 Unterzeichner überzeugt. Und täglich werden es mehr. Noch zwei Wochen kann die Petition gegen Racial Profiling unterschrieben werden.**

*Von 5. Dezember 2012*

Knapp 8.000 Menschen haben in den letzten zwei Wochen die Petition gegen diskriminierende Polizeikontrollen unterschrieben. 15.000 Stimmen wurden bereits in einer ersten Petition im Bundestag eingebracht. Im Kern geht es darum, die Praxis der gezielten Kontrolle von Menschen aufgrund äußerer Merkmale abzuschaffen. Mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes ist sie sowieso nicht vereinbar. Das hat das Oberverwaltungsgericht Koblenz im Oktober mit seiner Entscheidung deutlich gemacht.

„Egal wie viele Stimmen wir schlussendlich mit unserer Petition sammeln. Das öffentliche und mediale Interesse der letzten Monate an diesem Thema zeigt, dass die Bundesregierung sich endlich mit dieser polizeilichen Praxis auseinandersetzen muss“, sagte Tahir Della von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD).

### **Konkrete Vorschläge**

Ein Blick nach Großbritannien hilft, konkrete Vorschläge auch für Deutschland zu erarbeiten. Auf öffentlichen Druck wurde dort 1997 die Stephan Lawrence Untersuchungskommission einberufen, die Empfehlungen veröffentlichte. Dabei wurde offiziell festgestellt, dass institutioneller Rassismus bei der Polizei in England existiert und die Beschwerdestelle der Polizei (Police Complaints Authority (PCA) durch eine unabhängige Beschwerdekommision (Independent Police Complaints Commission (IPCC) ersetzt. Dies hat das Vertrauen in der Zivilbevölkerung gestärkt, bei missbräuchlichem Verhalten von Beamten Beschwerden einzureichen.

Seit ihrem Bestehen haben die ISD und andere zivilgesellschaftliche Gruppen nichts unversucht gelassen, institutionellen Rassismus in den bundespolitischen Diskurs zu bringen und sind dabei immer wieder auf Widerstand gestoßen. „Bedauerlich ist, dass die Existenz von strukturellem Rassismus nicht erkannt wird. Eine Bearbeitung dieser Form würde die Polizeiarbeit als Ganzes verbessern“, sagt Vera Egenberger vom Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG).

In ihrer Petition fordern die ISD und das BUG die bundesgesetzlichen Regelungen abzuschaffen, die verdachtsunabhängige Personenkontrollen der Polizei erlauben und Diskriminierungstatbestände, die von staatlichen Akteuren ausgehen, im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) einzufügen. Gefordert werden außerdem eine unabhängige Meldestruktur, die Fehlverhalten von Polizeibeamten lückenlos erfasst, das Festhalten von

Verstöße gegen den im Grundgesetz verbrieften Gleichbehandlungsgrundsatz sowie die Schulung der Polizei. (pm/hs)

Link: <http://www.migazin.de/2012/12/05/halbzeit-petition-gegen-racial-profiling-auf-gutem-weg/>



## **Politik muss sich entschieden gegen Rechts stellen**

**Ein Kasseler Student hatte gerichtlich geklagt, er sei nur aufgrund seiner Hautfarbe für eine polizeiliche Kontrolle ausgewählt worden. Dies stelle eine Diskriminierung dar. Dem Kläger wurde Recht gegeben. Nun läuft eine Petition zum Thema, die breiten Zuspruch findet. Die SPD hält dagegen.**

*Von Gwendolyn Buttersack, 7. Dezember 2012*

*Die Verfasserin (22) lebte für 6 Monate in Athen. Sie absolvierte dort ein Praktikum in einer griechischen Zeitung. Prägende Eindrücke bleiben Ihr aus der Zeit inmitten der Krise zurück.*

Nach dem umstrittenen Urteil des Verwaltungsgerichtes Koblenz hat das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz der Klage eines schwarzen Studenten Recht gegeben der sich als Opfer vom „Racial Profiling“ diskriminiert sah. Die Polizei gab zu, den Studenten lediglich aufgrund seiner Hautfarbe für die Personenkontrolle ausgewählt zu haben.

Mittlerweile läuft eine Petition der Initiative für schwarze Menschen in Deutschland e.V. zu dem Thema. Sie fordert u.a. die Abschaffung der „verdachtsunabhängigen Personenkontrollen“. Diese ermöglichen es der Polizei Menschen ohne Verdachtsmoment auf eine Straftat zu kontrollieren. Oft, so die Klage der Initiative, wählt die Polizei die betroffenen Personen lediglich nach äußerlichen Merkmalen wie etwa der Hautfarbe aus. Dies sei eine äußerst diskriminierende Praxis und widerspreche dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz. Weitere Forderungen der Petition sind die Einführung von Anti-Rassismus-Trainings für Polizisten, die Überarbeitung der Einsatzstrategie der Polizeibehörde, sowie die Errichtung von Meldestrukturen, um das Fehlverhalten von Polizeibeamten zu kontrollieren.

### **Rückenwind von vielen Seiten**

Unterstützt wird die Initiative von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS). „Es hat schwere Folgen für das Zusammenleben in Deutschland und unser Bemühen um Verhinderung von Diskriminierung, wenn die Polizei Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe kontrolliert“, sagte Bundes-Leiterin Christine Lüders. Betroffene treten immer wieder an das ADS ran und bringen zum Ausdruck wie sehr sie es belastet in Verbindung mit Kriminalität gebracht zu werden. Oft trafen die Kontrollen auch Menschen die in Deutschland geboren sind oder schon seit vielen Jahren in Deutschland leben. Sie fühlten sich in ihren Integrationsbemühungen enttäuscht.

Auch die Bundesfraktion der Linken setzt sich gegen „Racial Profiling“ ein. „Die Bundesregierung muss sich fragen lassen, wie lange die Bundespolizei schon Kontrollen allein aufgrund der Hautfarbe vornimmt. Sie muss sich auch fragen, warum sie in der Vergangenheit



nichts gegen eine solche rassistische Praxis unternommen hat. Und sie muss jetzt dringend klarstellen welche Konsequenzen sie zieht, um die heimliche Fortführung der Diskriminierung zu unterbinden,“ so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linkspartei.

**Countdown läuft:** Die Petition gegen das Racial Profiling läuft bis zum 18.12.2012. Aktueller Stand: 9.150 Unterzeichner, benötigte Unterschriften 50.000. Hier können auch Sie unterzeichnen.

Memet Kılıç, Abgeordneter der Grünen im Bundestag, stellt sich ebenso hinter die Petition. Aus ganz persönlichen Gründen, schließlich wurde er ein Mal selbst als Einziger an der Grenze zur Schweiz nach seinen Papieren gefragt. Sein Parteifreund Christian Ströbele (Grüne) stellte eine schriftliche Anfrage an den deutschen Bundestag, wann denn die Bundesregierung anfängt, Weisungen an die Bundespolizei zu erlassen, um der rassistischen Polizeipraxis ein Ende zu setzen.

### **SPD: Politik muss sich entschieden gegen Rechts stellen**

Gegen polizeiliche Kontrollen aufgrund der Herkunft der Zielpersonen spricht sich auch Michael Hartmann, innenpolitischer Sprecher der SPD, aus. Ein Eingreifen in die Institution Polizei, wie es die Bürgerinitiative fordert, hält Hartmann allerdings nicht für notwendig. Im Gespräch mit dem MiGAZIN argumentierte er, dass es in der Polizeipraxis entscheidend sei mit welcher Haltung die Einsatzkräfte von ihren Vorgesetzten losgeschickt werden.

„Die Vorgesetzten müssen Vorbild sein und die demokratische Polizei verkörpern. So wie es Rassismus bis in die Mitte der Gesellschaft gibt, findet diese sich auch in der der Polizei. Es gibt aber keinen Grund zu unterstellen, dass sich die deutsche Polizei von rassistischen Motiven leiten ließe. Wenn solche Fälle bekannt werden, muss dies entsprechend geahndet werden“, so Hartman. Im Regelfall würden solche Kontrollen nur in grenznahen Gebieten durch die Bundespolizei durchgeführt. Ausweiskontrollen nach äußerlichen Merkmalen seien in diesen Fällen gerechtfertigt.

Die Schlüsselrolle gegen rassistische Diskriminierung sieht Hartmann vielmehr in der Politik. „Die Politik muss sich entschieden gegen Rechts stellen. Insbesondere hat die Politik die Aufgabe Prävention gegen Rassismus zu betreiben. Rechtsextremismus kommt in erster Linie durch schlechte Rahmenbedingungen in der Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zustande. Scheitern die Kommunen in dieser Aufgabe, ist die Stärkung von rechtem Gedankengut vorprogrammiert.“

Link: <http://www.migazin.de/2012/12/07/racial-profiling-politik-gegen-rechts/>



### **Tahir Della: “Es braucht ein öffentliches Bewusstsein”**

**Tahir Della ist eines der Vorstandsmitglieder der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD). Gemeinsam mit dem Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) hat der Verein eine Petition gegen diskriminierende Polizeikontrollen – dem sogenannten Racial Profiling – im Bundestag eingebracht.**  
*Tahir Della, Vorstandsmitglied der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)*

Von 10. Dezember 2012

**MiGAZIN:** *Was bedeutet die Petition im Bereich der Anti-Rassismuarbeit in Deutschland?*

**Tahir Della:** Zunächst ist die Kampagne „Stoppt Racial Profiling“ so bedeutend, weil darüber ein Thema verhandelt wird, dass schwarze Menschen und People of Color in Deutschland schon seit sehr langer Zeit bewegt. An der polizeilichen Praxis lässt sich auch der Umgang Deutschlands mit dem Thema „Alltagsrassismus“ abbilden.

**MiG:** *Wie genau?*

**Della:** Die Polizei und die Justiz sind von Berufs wegen die machtvoll Handelnden, mit einer starken Perspektive auf „Kriminalität“. Doch als Teil der gesamtgesellschaftlichen Struktur handelt auch sie im Einklang mit vorherrschenden bewussten sowie unbewussten rassistischen Denk- und Wahrnehmungsmustern wie dem des „afrikanischen Drogendealers“ oder generell des „kriminellen Ausländers“ beispielsweise. In dieser Kombination sprechen wir also nicht von einem individuellen Rassismus, der sich vom Motiv des Handelns auf den Einzelnen bezieht, sondern von einer institutionalisierten Form. Es handelt sich um ein strukturelles Problem, das auch aus anderen europäischen Ländern und den USA bekannt ist und seinen Ursprung in der Mitte der Gesellschaft hat.

**MiG:** *Welche Schritte braucht es, um mehr Bewusstsein dafür zu schaffen?*

**Della:** Seit ihrem Bestehen hat die ISD nichts unversucht gelassen, institutionellen Rassismus in den bundespolitischen Diskurs zu bringen und ist dabei immer wieder auf Widerstand gestoßen. In Großbritannien wurde im sogenannte Stephen Lawrence Inquiry bereits 1999 festgestellt, dass „institutional racism“ bei der Polizei existiert. Im Gegensatz zu anderen Ländern besteht in Deutschland jedoch wenig Diskussion darüber, wie solche diskriminierenden Vorgehensweisen bekämpft werden können. Das Problem ist, dass die Existenz von strukturellem Rassismus nicht gesehen wird. Daher greifen auch aktuelle Bekenntnisse der Polizei, etwas gegen Diskriminierung unternehmen zu wollen, bisher zu kurz. Oftmals sind sie nicht mehr als rhetorische Strategien, um die bestehende Praxis zu rechtfertigen.

**MiG:** *Warum hat sich Deutschland im internationalen Vergleich bisher wenig bis gar nicht mit dem Thema Racial Profiling befasst?*

**Della:** Ein Grund dafür ist, dass das Selbstbild Deutschlands immer noch sehr stark davon geprägt ist, sich als eine Gesellschaft zu betrachten, die sich ausschließlich oder zumindest überwiegend aus weißen Menschen zusammensetzt. Folglich werden diskriminierende Handlungen seitens der Sicherheitsbehörden kaum problematisiert beziehungsweise es wird teilweise angenommen, dass es sich bei den rassistischen Polizeikontrollen um „nötige“ Mittel handelt, um zum Beispiel die „illegale Migration“ oder so genannte „Ausländerkriminalität“ zu verhindern. Dass sich diese Maßnahme logischerweise generalisierend gegen alle Schwarze Menschen und People of Color richtet, wird dabei in Kauf genommen.

**MiG:** *Hat sich mit der Kampagne im letzten halben Jahr etwas an dieser Perspektive geändert?*

**Della:** Der Zuspruch und die Solidarisierung von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen sowie die Unterstützung durch einige im Bundestag vertretene Parteien und Parlamentarier\_innen ist ein Beleg für den Erfolg in Sachen Bewusstseinsbildung.

Rechtsgutachten wurden vorgelegt, die die derzeitige deutsche und internationale Rechtslage fundiert analysieren. Die Facebookgruppe „Stoppt Racial Profiling“ wurde gegründet und das rot-weiße Logo gilt als fester Bestandteil der Kampagne, um ein öffentliches Bewusstsein zu schaffen. Zudem haben wir die Problematik bei einer Konferenz der Organisation für Sicherheit und Kooperation in Europa (OSZE) in Warschau erläutert und im Oktober fand eine Konferenz zu „Racial/Ethnic Profiling“ in Berlin statt. Auch die Resonanz in den Medien hat sich verändert. Früher haben nur wenige Fälle mediale Öffentlichkeit erfahren und waren meist von einer kriminalisierenden Darstellung der Betroffenen gezeichnet. Auch kamen dabei Sprecher von Gruppen wie der ISD nicht zu Wort. Das ist im Moment anders, aber auch nur ein Anfang.

**MiG:** *Was muss sich politisch verändern?*

**Della:** Die Petition gegen „Racial/Ethnic Profiling“ ist ein weiterer Schritt, sich politisch zu positionieren, zu mobilisieren und aufmerksam zu machen. Sie kann bis zum 18. Dezember unterschrieben werden. Darin fordern wir die Abschaffung der sogenannten „verdachtsunabhängigen Personenkontrollen“, die Racial Profiling erst möglich machen und Menschen kriminalisieren. Es müssen aber auch nachhaltige Maßnahmen entwickelt werden, um dem strukturellen Rassismus entgegenzutreten. Es bedarf unabhängiger Meldestrukturen, um polizeiliches Fehlverhalten besser feststellen und ahnden zu können. Diese Forderung wird auch von Amnesty International oder Barbara John, der Ombudsfrau für die Opfer der NSU-Terrorzelle, schon lange erhoben. Neben unseren Forderungen ist aber auch entscheidend, dass sich das Selbstverständnis Deutschlands ändert. Denn Rassismus ist kein Problem der Betroffenen, sondern muss als gesamtgesellschaftliches Problem erkannt werden. Ohne eine flankierende, umfassende Antidiskriminierungspolitik können Gesetze auch in Zukunft nur zäh umgesetzt werden.

Link: <http://www.migazin.de/2012/12/10/tahir-della-es-braucht-ein-offentliches-bewusstsein/>



**Blick nach England**

## **Wie geht Polizeiarbeit ohne Racial/Ethnic Profiling?**

**Ist Polizeiarbeit ohne das so genannte Racial/Ethnic Profiling möglich? Ein Blick nach Großbritannien könnte helfen, konkrete Vorschläge für Deutschland zu erarbeiten, ist Vera Egenberger vom Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V. überzeugt.**

*Von Vera Egenberger, 12. Dezember 2012*

Die Verfasserin ist Gründerin und Geschäftsführerin des [Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V. \(BUG\)](#)

Im Oktober 2012 entschied das Oberverwaltungsgericht, dass Personenkontrollen, die ausschließlich aufgrund phänotypischer Merkmale wie der Hautfarbe durchgeführt werden, nicht mit dem Grundgesetz Artikel 3 Absatz 3 vereinbar sind. Ein junger Schwarzer Deutscher hatte wegen einer Personenkontrolle gegen die Bundespolizei geklagt und Recht bekommen. Die Entscheidung des Gerichtes wird als richtungsweisend für zukünftige Fälle gewertet. Seit dem steht die Frage im Raum: Wie geht Polizeiarbeit ohne das so genannte Racial/Ethnic Profiling?

Die nächstliegende Antwort, wäre Paragraph 22 (1a)<sup>1</sup> des Bundespolizeigesetzes zu streichen und auf Personenkontrollen in Bahnhöfen, auf Bahnstrecken, oder an Flughäfen zu verzichten. Genau dies fordern das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V. (BUG) und die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) in ihrer Petition zu ‚Racial/Ethnic Profiling‘, die im November beim Petitionsausschuss des deutschen Bundestages vorgelegt wurde. Denn dieses Gesetz ermöglicht der Bundespolizei verdachtsunabhängige Personenkontrollen durchzuführen, gleichwohl der Schengener Grenzkodex<sup>2</sup> dies ausdrücklich untersagt. Hinzu kommt, dass auch Polizeibeamte ihre Stereotype nicht immer zu Hause lassen, wenn sie zur Arbeit gehen und auf Muster des ‚Drogen dealenden Afrikaners‘ und des ‚muslimischen Terroristen‘ zurück greifen. Ein Dilemma, das einer baldigen Klärung und Bearbeitung bedarf.

Sicherlich wird Paragraph 22 des Bundespolizeigesetzes nicht über Nacht abgeschafft werden, auch wenn sich NGOs dies wünschen. Gleichmaßen muss es im Interesse der Polizei liegen, im Ergebnis rassistische Kontrollen zu vermeiden. Hierzu ist mehr nötig als ein Sensibilisierungs- oder Trainingsseminar für BundespolizistInnen. Wie also Polizeiarbeit ohne ‚Racial/Ethnic Profiling‘ umsetzen?

Ein Blick nach Großbritannien könnte helfen, konkrete Vorschläge für Deutschland zu erarbeiten. Im April 1993 war der 18-Jährige Schwarze Brite Stephen Lawrence in London an einer Bushaltestelle erstochen worden. Erst in 2012 konnten zwei der vermutlich fünf Täter verurteilt werden.

Für ihr Verhalten bei der Aufklärung des rassistisch motivierten Mordes wurde die Londoner Polizei vehement kritisiert. Die rassistische Motivation wurde negiert; Beweismittel und Zeugenaussagen nicht ernst genommen. Auf öffentlichen Druck hin wurde 1997 eine Untersuchungskommission einberufen, die in 1999 einen Bericht mit weitreichenden Empfehlungen veröffentlichte, die sich zu großen Teilen an die britische Polizei richtet.

**Countdown läuft:** Eine Petition gegen das Racial Profiling in Deutschland läuft noch bis zum 18.12.2012. Benötigte Unterschriften 50.000. [Hier können auch Sie unterzeichnen.](#)

Das britische Innenministerium drängte die verschiedenen Polizeikräfte, diese Empfehlungen umzusetzen. Sie decken alle Bereiche der Polizeiarbeit ab. Veränderungen in der Struktur, der Arbeitsweise und der Verantwortung der Polizei gegenüber der Bevölkerung wurden vorgenommen. Die Kommunikation mit Angehörigen der Opfer wurde verbessert, die Rekrutierung von Menschen aus so genannten „Minderheiten Communities“ forciert, die Meldung und statistische Erfassung von rassistisch motivierten Straftaten verbessert und die Methoden der Personenkontrollen überarbeitet.

So wurde beispielsweise eine Datenbank erstellt, in der alle polizeilich durchgeführten Personenkontrollen zentral erfasst werden. Informationen zu den Personenkontrollen beinhalten den Namen des kontrollierenden Beamten, den Anlass der Kontrolle und Angaben zur

kontrollierten Person. Persönliche Daten der kontrollierten Person sind anonymisiert und gelangen nicht an die Öffentlichkeit.

Die Angabe der ethnischen Zugehörigkeit kann darin angegeben werden, sofern die kontrollierte Person dies wünscht und ihre ethnische Zugehörigkeit selbst definiert. Die kontrollierte Person erhält einen Durchschlag der erfassten Informationen, die nachvollziehen lässt, welche Personengruppen verstärkt kontrolliert werden. GleichermäÙen bedeutete dies, dass Betroffene Klarheit darüber habe, welcher Beamte sie kontrollierte, sollten sie eine Beschwerde gegen die Polizei einreichen wollen. Eine weitere Empfehlung zielte darauf ab, eine Informationskampagne durch die Polizei durchführen zulassen, um der Bevölkerung ausreichend Informationen zum rechtlichen Rahmen der Personenkontrollen an die Hand zu geben.

Englische Statistiken der vergangenen Jahre weisen aus, dass beispielsweise in London überproportional viele Menschen mit ‚Black and Minority Ethnic‘ Hintergrund, wie ethnische Minderheiten in Großbritannien genannt werden, kontrolliert wurden. Daraufhin drängte das Innenministerium darauf, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Aufgrund der kontinuierlichen Datensammlung konnten Entwicklungen beobachtet werden und durch die Veröffentlichung der anonymisierten Daten war es NGOs möglich, sich einzubringen.

Darüber hinaus veröffentlicht das Innenministerium auf seiner Webseite Informationen, unter welchen rechtlichen Rahmenbedingungen Personenkontrollen durchgeführt werden dürfen. GleichermäÙen werden Informationen angeboten, wie eine Beschwerde wegen einer Personenkontrolle eingereicht werden kann. Auf ein hohes Maß an Transparenz wird Wert gelegt. Die britische Menschenrechtskommission – die eine unabhängige Institution ist – hat das Mandat, die Polizeipraxis bei Personenkontrollen zu untersuchen und aus der Menschenrechtsperspektive zu beleuchten. Umfassende und kritische Analysen wurden veröffentlicht und der Regierung vorgelegt.

In Großbritannien werden heute Beschwerden gegen Polizeibeamte nicht mehr von der Polizei selbst bearbeitet und untersucht. Aufgrund einer Empfehlung aus der Stephan Lawrence Untersuchung wurde die Beschwerdestelle der Polizei (Police Complaints Authority (PCA) durch die Unabhängige Beschwerdekommision der Polizei (Independent Police Complaints Commission (IPCC) ersetzt.

Diese neue Stelle ist strukturell von der Polizei unabhängig und hat das Vertrauen gestärkt, bei missbräuchlichem Verhalten von Beamten, Beschwerden einzureichen. Kritische Stimmen sagen jedoch, die IPCC analysiere die Beschwerden eher aus der Perspektive der Polizei und nicht aus der Sicht der Beschwerdeführer.

Auch in Großbritannien unterliegen derartige Maßnahmen dem politischen Wind. Erosionen sind in den letzten Jahren erkennbar. Diese Erfahrungen könnten – trotz aller Kritik – die Arbeit zu ‚Racial/Ethnic Profiling‘ in Deutschland befördern und dabei helfen notwendige, zielgerichtete und nachhaltige Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

1. BPolG, § 22 (1a) Zur Verhinderung oder Unterbindung unerlaubter Einreise in das Bundesgebiet kann die Bundespolizei in Zügen und auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes (§ 3), soweit auf Grund von Lagekenntnissen oder grenzpolizeilicher Erfahrung anzunehmen ist, daß diese zur unerlaubten Einreise genutzt werden, sowie in einer dem Luftverkehr dienenden Anlage oder Einrichtung eines Verkehrsflughafens (§ 4) mit grenzüberschreitendem Verkehr jede Person kurzzeitig anhalten, befragen und verlangen, daß

- mitgeführte Ausweispapiere oder Grenzübertrittspapiere zur Prüfung ausgehändigt werden, sowie mitgeführte Sachen in Augenschein nehmen. [↔]
2. Titel II, Kapitel II, Artikel 6 (2) Bei der Durchführung der Grenzübertrittskontrollen dürfen die Grenzschutzbeamten Personen nicht aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung diskriminieren. [↔]

Link: <http://www.migazin.de/2012/12/12/wie-geht-polizeiarbeit-ohne-raciaethnic-profiling/>

Hier finden Sie Video- Audiodateien zur Petitionsübergabe:

Link: [http://www.wdr.de/tv/cosmotv/sendungsbeitraege/2012/1202/rassismus\\_bei\\_der\\_polizei.jsp](http://www.wdr.de/tv/cosmotv/sendungsbeitraege/2012/1202/rassismus_bei_der_polizei.jsp)  
Quelle: Cosmo TV

Link: [http://www.youtube.com/watch?v=RWDm-Z\\_IEmk&feature=youtu.be](http://www.youtube.com/watch?v=RWDm-Z_IEmk&feature=youtu.be)  
Quelle: AFROTAKTVcyberNomads

Link: <http://www.youtube.com/watch?v=okvcJ4QaGRw&noredirect=1>  
Quelle: AFROTAKTVcyberNomads

Link: <http://www.ardmediathek.de/radio-bremen-tv/buten-un-binnen-magazin/polizeikontrolle-wegen-der-hautfarbe?documentId=12672904>  
Quelle: Radio Bremen